



DER GENERALSEKRETÄR

An den
Vorstand von AIM e.V.
Odemshofallee 2
50859 Köln

Düsseldorf, 10. Juli 2007

Ihr Schreiben vom 31. Mai 2007 an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers

Sehr geehrter Herr Lichtenberger,
sehr geehrter Herr Müller,
sehr geehrter Herr Krause,

Jürgen Rüttgers dankt Ihnen für Ihr Schreiben vom 31. Mai dieses Jahres. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten. Gerne nehme ich Stellung zu Ihrem Anliegen.

CDU und FDP haben sich im Koalitionsvertrag im Mai 2005 darauf verständigt, mit einer gemeinsamen und zukunftsgerichteten Innenpolitik die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit für die Menschen in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Ferner sind sich CDU und FDP darüber einig, die Jugendkriminalität konsequent zu bekämpfen und zu ahnden. Auch dies ist Bestandteil unseres Koalitionsvertrags und an diesem Ziel halten wir nach wie vor unverändert fest.

Richtig ist, dass in der Debatte um Jugendkriminalität und Gewalt an Schulen differenziert diskutiert werden muss. Ihre Sorge, dass wir aus populistischen Ordnungs- und Gerechtigkeitsbedürfnissen die verstärkte Anwendung von Erziehungscamps gefordert haben, ist völlig unbegründet. Erziehungscamps sind kein Allheilmittel, um Jugendliche wieder auf den rechten Weg zurückzubringen. Dies ist uns bewusst. Bewährungs- und Erziehungscamps können für Jugendliche aber eine sinnvolle Maßnahme sein, ihren Weg in die Gesellschaft und zu sich selbst zu finden. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist der Auffassung, dass die Landesregierung prüfen sollte, inwieweit solche Institutionen, wie z.B. in der Nähe von Kassel, auch in Nordrhein-Westfalen etabliert werden können.

In unserem Beschluss „Jugend schützen. Gewalt bekämpfen. Härter durchgreifen!“, den wir am 5. Mai dieses Jahres auf unserem 28. Landesparteitag in Siegburg verabschiedet haben, thematisieren wir aber nicht nur den Bereich der Erziehungscamps, sondern der Beschluss ist in sich ein Maßnahmenkatalog gegen die Jugendgewalt. Wir fordern in ihm auch eine verbesserte Zusammenarbeit von Schulen, Jugendhilfe, Polizei und Strafverfolgungsbehörden sowie den wirksamen Einsatz der Mittel von Jugendhilfe und des Familienrechts. Die CDU Nordrhein-Westfalen möchte zudem, dass einerseits die Familien wieder mehr Verantwortung übernehmen und andererseits, dass in einigen Bereichen wieder härter durchgegriffen wird.

Ich versichere Ihnen, dass die Jugendpolitik bzw. Jugendhilfepolitik der CDU Nordrhein-Westfalen und der CDU-geführten Landesregierung nicht populistisch und auf Kurzfristigkeit ausgerichtet ist. Im Gegenteil. Wir unterstützen Ihre Forderung nach zielgenauen individuellen Hilfen und einer besseren Vernetzung der vorhandenen fachlichen Möglichkeiten.

Unsere Politik ist gekennzeichnet durch das Prinzip des Forderns und Förderns. So hat die Landesregierung bereits viele Reformen angestoßen und auf den Weg gebracht, um vor allem Familien, Kinder und Jugendliche zu unterstützen und ihnen bessere Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Nennen möchte ich hier vor allem das neue Schulgesetz, das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz), die Gründung von Familienzentren und die Reformierung des Jugendstrafvollzugs.

Mit freundlichen Grüßen



Hendrik Wüst MdL